

Hafen-Kartell: Regierung schweigt – Politiker fordern Antworten

Von Daniel Wahl. Aktualisiert am 03.09.2015 **8** Kommentare

Für seinen Informationsabend zu zwei Hafenprojekten wird der Gewerbeverband Basel-Stadt von der SP angegriffen. Er müsse sich mehr für das hiesige Gewerbe einsetzen.

Stein des Anstosses: Das geplante Container-Terminal in Kleinhüningen an der deutschen Grenze.

Artikel zum Thema

- ▶ **Das SBB-Diktat im Hafen Basel Nord**
- ▶ **Rheinhäfen schielen auf Bundesmillionen**
- ▶ **Raffinerie-Aus beschert Rheinhäfen viel Arbeit**

Stichworte

- ▶ **Schifffahrt**

Etwas gesehen, etwas geschehen?



Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von baz.ch/Newsnet wissen sollten? Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).



Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

Es ist im Grunde genommen ein Kartell, das die SBB Cargo, Rhenus Alpina/Contargo AG und die mit den SBB eng verbandelte Hupac SA in Form der Planungsgesellschaft Terminal Basel Nord gegründet haben: Die operativen Geschäftsgebiete haben sie unter sich aufgeteilt und sie bestimmten, wer unter welchen Bedingungen Zugang zum **geplanten Hafen auf dem ehemaligen Rangierbahnhof** in Kleinhüningen haben soll. Dies, obwohl die Regierungsräte Christoph Brutschin (SP, BS) und Thomas Weber (SVP, BL) sowie der Hafendirektor Hans-Peter Hadorn von einem diskriminierungsfreien Zugang gesprochen haben.

Das ist klar eine Mär. Während sich SBB, Hupac und Contargo das Containergeschäft unter den Nagel reissen wollen, hätte sich die private Umschlagfirma Swissterminal zum Statisten und zur Preisgabe ihrer bestehenden Standorte verpflichten müssen. Ein Vorgehen, das auch Ultra-Brag-Geschäftsführer Beat Heydrich bestätigt: «Ich habe ein Geschäftsgebaren wie in der Sowjetunion angetroffen.» Diskriminiert sieht sich ebenso Danser Switzerland AG, die bis vor Kurzem noch offene Türen im Hafen Basel Nord gesucht hat. Geschäftsführer Heinz Amacker heute: «Wir sind definitiv nicht mehr beim Projekt in Basel.» Man hätte intransparente Aktionärsbindungsverträge sowie Absichtserklärungen ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung unterschreiben müssen. «Das konnten wir nicht eingehen.»

Gewerbeverband unter Beschuss

Indessen haben diese drei privaten Schiff- oder Containerfirmen, die 60 Prozent des Volumens der Schweizerischen Rheinhäfen abwickeln, ein Alternativprojekt in Weil am Rhein vorgestellt – präsentiert in den Räumen des Gewerbeverbands Basel-Stadt an der Elisabethenstrasse. Nun liegen die Nerven offenbar blank.

Am Gesellschaftsanlass «Hafenmähli» ist der Gewerbeverband dafür von der Regierung persönlich kritisiert worden, wie Präsident Marcel Schweizer auf Anfrage bestätigt. Gestern hat sich die SP Basel-Stadt schützend vor ihren Regierungsrat Christoph Brutschin gestellt, sie verteidigt das «Hafen-Kartell» unter dem Titel «Vorwärts machen mit dem trimodalen Container-Terminal Basel Nord». «Der von drei im Hafen domizilierten Unternehmen vorgebrachte Vorschlag, auf Basel Nord zu verzichten und dafür eine kürzlich zur nationalen Infrastruktur erhobene Anlage ins deutsche Weil am Rhein zu verlegen, lässt staunen», heisst es in einer Medienmitteilung.

Und SP-Fraktionspräsident Steffi Luethi-Brüderlin sowie SP Grossrat Pascal Pfister «verurteilen die Haltung des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, der sich aktiv für den Hafen Weil am Rhein einsetzt und damit in Kauf nimmt, dass dem hiesigen Gewerbe sowohl für den Bau des Containerterminals wie auch für die für später geplante Stadtentwicklung substantielle Aufträge entgehen werden.» Der angeschlossene Marcel Schweizer verteidigt seinen Entscheid: «Es ist wichtig, dass unseren Mitgliedern solche unhaltbaren Vorgänge transparent gemacht werden.» Und Schweizer schiesst zurück: «Der SP fehlt es an Demokratieverständnis, wenn man nicht einmal mehr zwei Projekte einander gegenüberstellen und sie diskutieren darf.»

Haltung der Regierung unklar

Nicht äussern möchten sich die Regierungen zum aktuellen Vorwurf, dass Staatsbetriebe wie die SBB mit Bundesgeldern alimentiert werden auf Kosten der Privatwirtschaft: Brutschin hält dies bloss für ein operatives Mit- und Gegeneinander von Unternehmen, das man mit Interesse verfolge. «Mehr haben wir dazu nicht zu sagen.» Nichts sagen zur Zerschlagung seiner KMU-Firmen im Baselbiet will auch Wirtschaftsdirektor Thomas Weber. «Wir gehen weiterhin davon aus, dass das Projekt diskriminierungsfrei ist», lässt er ahnungslos ausrichten. Und Hafendirektor Hans-Peter Hadorn gibt an, alles dazu bereits gesagt zu haben.

Indessen sind die intransparenten Vorgänge in Bern mit Argusaugen zur Kenntnis genommen worden. SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner, der den Grossteil seiner Ladungen mit den SBB bewältigt und nicht mit der Swissterminal verhandelt ist, wie kolportiert wird, kündigt eine Interpellation im Nationalrat an. «Ich hätte gerne eine Tanklagerreinigung im Hafen betrieben und ich konnte mich nicht bewerben», sagt er. Auch die Baselbieter FDP fordert Aufklärung und kündigt ebenfalls eine Interpellation an. Dies mit der Begründung, dass insbesondere die Wirtschaftlichkeit des Hafenprojekts Basel Nord infrage gestellt sei. (Basler Zeitung)

Erstellt: 03.09.2015, 13:27 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)